

Wahlprogramm 2020

Vorlage für die Mitgliederversammlung und Stadtwahlkreiskonferenz
am 10. Juni 2020

Das kommunalpolitische Programm der Petershäger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für die nächste Ratsperiode orientiert sich an den Grundwerten unserer Partei – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – und an den Anforderungen eines nachhaltigen Klima- und Umweltschutzes, der ja selbst wiederum Ausdruck von Generationengerechtigkeit und -solidarität sein muss.

Unser Bürgermeisterkandidat Jens Wölke und unsere Stadtratskandidatinnen und Kandidaten wollen Perspektiven für die Lösung der gegenwärtigen Probleme unseres ländlichen Raumes herbeiführen und im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern die Lebensqualität der Stadt mit ihren 29 liebenswerten Ortschaften erhalten und stärken. Wir werden die folgenden Ziele mit Energie, Nachhaltigkeit und Kompetenz verfolgen, damit es den Menschen vor Ort gut gehe. Auch in Zukunft. Dafür wollen wir uns einsetzen.

Die Zukunft der Stadt Petershagen entscheidet sich in den einzelnen Orten. Nur mit lebendigen Dörfern und modernen Zentren wird es ein funktionierendes Ganzes geben. Daher ist es unser wichtigstes Anliegen, die Qualität des jeweiligen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens in jedem der 29 Ortsteile zu sichern und zu stärken.

Im Einzelnen:

- ❖ Schulen, Kindergärten und Sporthallen bieten die Rahmenbedingungen für hochwertige Bildungs-, Kultur- und Freizeitangebote in den Ortschaften. Sie sind daher bestmöglich zu fördern.
- ❖ Sportstätten, Friedhöfe, Straßen und Plätze werden so regelmäßig und nachhaltig gepflegt, dass sie auch späteren Generationen zur Verfügung stehen.
- ❖ Die Förderung des kulturellen Lebens in den Dörfern, bleibt über die Kulturgemeinschaften, die Vereine, die Feuerwehr und die Kirche in vollem Umfang erhalten. Daneben muss ein anspruchsvolles Kulturprogramm im Kulturzentrum „Altes Amtsgericht“ weiter Aushängeschild der Stadt bleiben.
- ❖ Zur Stärkung der vielen freiwillig und ehrenamtlich Tätigen in den Vereinen, Initiativen und Institutionen soll die Stadt nach ihren Möglichkeiten ihre organisatorische und finanzielle Unterstützung zur Verfügung stellen, denn alle diese Aktiven stehen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Stadt und in den einzelnen Ortschaften.
- ❖ Petershagen ist eine bunte, tolerante und offene Stadt ohne Rassismus. Wir werden uns mit aller Kraft dafür einsetzen, dass das so bleibt.
- ❖ Wir fördern ein Klima, in dem sich die Menschen in der Nachbarschaft helfen und diejenigen unterstützen, die aufgrund von körperlichen, finanziellen oder sonstigen Einschränkungen in der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben eingeschränkt sind.
- ❖ Wir wollen die ortsnahe medizinische Versorgung sicherstellen, u.a. durch Hilfsangebote der Stadt bei Praxisübernahmen und bei der Einrichtung neuer Praxen. Ebenso setzen wir uns für die Errichtung eines kommunalen medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) ein, denn Petershagen braucht nicht nur mehr Hausärzte, sondern auch Fachärzte, vor allem einen Kinderarzt, und ein Sanitätshaus.*)

*) Es sind jeweils auch Ärztinnen gemeint.

Wir verbessern die Rahmenbedingungen für die Petershäger Wirtschaft, um Arbeitsplätze zu erhalten, neue zu schaffen und die Gewerbesteuerereinnahmen zu sichern.

Im Einzelnen:

- ❖ Wir setzen uns für ein kreatives, modernes Standortmarketing der Stadt Petershagen ein, das nicht nur die klassischen Standortvorteile der Stadt propagiert, sondern gezielt Start-Ups und City-Quitters ins Auge fasst, für die unsere „weichen“ Standortqualitäten und die gute Verkehrsanbindung sehr attraktiv sein können. Da die bereits vorhandenen Wirtschaftsinteressen weiterhin koordiniert, gebündelt und unterstützt werden müssen und die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Gewerbevereinen weiter Bestand haben soll, muss die Wirtschaftsförderung der Stadt ein größeres Gewicht erhalten, als das bisher der Fall ist.
- ❖ Nach der Neufassung des Bebauungsplanes für das Gewerbegebiet Lahde sind auch die baurechtlichen Voraussetzungen für die sonstigen Gewerbebestände in Petershagen zu modernisieren bzw. anzupassen, um Planungssicherheit und attraktive Impulse bei Neuansiedlung, Umstrukturierung und Expansion zu schaffen.
- ❖ Wir streben eine Kooperation mit der Stadt Minden an mit dem Ziel, ein interkommunales Gewerbegebiet im Süden der Stadt auszuweisen und zu gestalten. Die Anwohner sind von Anfang an in die entsprechenden Planungsprozesse einzubeziehen.
- ❖ Eine Grundvoraussetzung für beste Standortqualität ist der Stand der Digitalisierung, also des Ausbaus schneller Datennetze. Wir setzen uns dafür ein, dass ein Glasfaseranschluss zeitnah für alle Unternehmen und Privathaushalte möglich ist.
- ❖ Mit Hilfe der Stadtplanung und des Stadtmarketings muss darauf hingewirkt werden, dass die Vielfalt und die Qualität der Einzelhandels- und Dienstleistungsangebote, die über die Nahversorgung hinausgehen, in den Ortskernen Petershagen und Lahde erhalten und erhöht werden.
- ❖ Wir setzen nach wie vor auf den Ausbau und die Vernetzung der Angebote für Fremdenverkehr und Freizeit. Die wichtigsten Grundlagen des Tourismus in Petershagen sind der Weserradweg und die Weserlandklinik, dazu die Glashütte Gernheim, das Storchenmuseum und das Heringsfängermuseum. Diese und weitere touristischen Glanzlichter müssen durch Infrastrukturmaßnahmen besser vernetzt werden (Instandhaltung bzw. Sanierung des Weserradweges, der Alternativrouten und des Wegenetzes um Hopfenberg). Zudem soll ein professionelles Fremdenverkehrsbüro an zentraler Stelle mit täglichen Öffnungszeiten während der Saison der Förderung touristischer Projekte und der Koordination aller touristisch relevanten Aktivitäten in der Stadt dienen.

Wir setzen weiter auf optimale, zukunftsfähige Bildungseinrichtungen in Petershagen und wollen die Erneuerung der Schullandschaft in Zusammenarbeit mit Eltern und Pädagogen fortführen.

Im Einzelnen:

- ❖ Der Weg zum Ganztagsangebot von den Krabblern bis zu den Abiturienten muss konsequent weitergegangen werden – für die Eltern bezahlbar und bei fachlicher bzw. pädagogischer Betreuung.
- ❖ Es bleibt unser fortwährendes Ziel, alle städtischen Bildungseinrichtungen, unter Fortschreibung des Medienprogramms, auf den neuesten Stand zu bringen und auf optimalem Niveau zu halten.

- ❖ Die Anpassung der Schulen an den neu entstandenen Förder- und Freizeitbedarf muss mit einer verstärkten Zusammenarbeit mit den örtlichen Sport- und Kulturangeboten von Vereinen, Organisationen usw. einhergehen.
- ❖ Mit Hilfe des Bildungspakets der Bundesregierung und des Teilhabe- und Integrationsgesetzes wollen wir die Integration ausländischer Kinder und Jugendlicher wesentlich verbessern, indem Integrationshelfer eingestellt werden, die diese Jugendlichen an Schulen und sonstigen Bildungseinrichtungen begleiten.

Der Klimawandel und das Artensterben sind existentielle Bedrohungen für die Menschen. Wir wollen in Petershagen unseren Teil dazu beitragen, die damit verbundenen Gefahren abzuwenden. Zum Schutz der Natur, zum Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und aus Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen setzen wir uns für eine vorsorgende und nachhaltige Umwelt- und Energiepolitik in der Stadt ein.

Im Einzelnen:

- ❖ Neben einem Energiesparprogramm für alle städtischen Einrichtungen muss die Stadt stärker als bisher energiesparendes Wohnen und Arbeiten durch Beratung und fortschrittliche Bauleitpläne fördern.
- ❖ Unter dem Eindruck wissenschaftlicher Erkenntnisse und Warnungen und nach der Erfahrung extremer Wetterereignisse vor Ort müssen Klimaschutzmaßnahmen und die Förderung erneuerbarer Energien stärker als bisher feste Bestandteile zukünftiger Politik im Petershäger Rathaus sein. Es wird schwer werden, unter den bekannten Einschränkungen (Abstand zu Siedlungsflächen, Naturschutz und Hubschrauber-Flugzonen) noch Flächen im Stadtgebiet zu finden, die für Windenergieanlagen (WEA) geeignet sind. Diese Flächen aber sollten als WEA-Konzentrationszonen ausgewiesen werden. Außerdem ist zu überprüfen, welche Flächen, neben geeigneten Dächern, zur Gewinnung von Solarstrom ausgewiesen werden können, ohne wertvolle landwirtschaftliche Nutzflächen, Flächen in Gewerbegebieten oder Siedlungsflächen hierfür in Anspruch zu nehmen (möglicherweise im Zusammenhang mit Energieparks).
- ❖ Die Schonung der verbliebenen Freiräume muss vorrangiger Gesichtspunkt der Flächennutzungsplanung sein. Daher lehnen wir eine Ausdehnung der Siedlungsflächen in die freie Landschaft, auch mit Blick auf die rückläufigen Einwohnerzahlen, das innerörtlich vorhandene Bauland und die bereits bestehenden Leerstände ab. Baulücken in den Ortschaften sollten daher zunächst geschlossen werden bzw. in alten, nicht mehr genutzten Hofstätten sollten Umbauten für einen neuen, der Umgebung angepassten Bedarf ermöglicht werden.
- ❖ Zum Schutz und zur Stärkung der Artenvielfalt ist ein Programm zu beschließen, mit dem städtische Brach- und Ruderalflächen mit standortgerechten Gehölzen und Pflanzen versehen werden. Dabei ist der Konsens mit den in Nachbarschaft wirtschaftenden Landwirten ebenso anzustreben wie die Unterstützung durch die entsprechenden Initiativen des Kreises Minden-Lübbecke.
- ❖ Wenn auch die Einflussmöglichkeiten der Stadt gering sind, so wollen wir nach wie vor nichts unversucht lassen, die rasante Sand- und Kiesausbeutung im Stadtgebiet einzudämmen. Renaturierungs- und Ausgleichsmaßnahmen sind hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt der Optimierung des Artenschutzes durchzuführen.
- ❖ Bevor im Jahre 2024 zur Überwachung der illegalen Sonderabfalldeponie Münchehagen, die weiterhin auch für Petershagen eine Gefahr darstellt, eine unbegrenzte Langzeitüberwachung mit dem Land Niedersachsen vertraglich vereinbart wird, ist in einer Risikoabschätzung zu überprüfen, ob die Beseitigung der Giftmülldeponie nach heutigem Stand von Wissenschaft und Technik möglich ist. Falls dem so ist, soll die Stadt dem Vertrag nicht zustimmen und stattdessen ihren Beseitigungsanspruch durchsetzen.

Eine gut funktionierende, moderne Infrastruktur und Dienstleistungen, die der Sicherheit und der Mobilität dienen, müssen als wichtige Lebensgrundlagen vorrangige Ziele der Stadtratspolitik sein und bleiben.

Im Einzelnen:

- ❖ Bei der regelmäßigen Überprüfung des bestehenden Straßen- und Wegeunterhaltungskonzeptes ist den sich ändernden Anforderungen Rechnung zu tragen: ÖPNV-Verbindungen und Radwege (Ortsverbindungen und Touristenrouten) sollen Vorrang haben, an Übergangsplätzen von einem Verkehrsträger zum anderen sind entsprechende Abstellmöglichkeiten vorzuhalten. Das Schreddern maroder Schwarzdecken soll auf ausgewiesenen Fahrradrouten unterbleiben; insofern ist das bestehende Wegekonzept zu überprüfen und ggf. zu ändern.
- ❖ Wir wollen dafür sorgen, dass der Radwegebau mit Energie vorangetrieben wird, besonders dort, wo Pendler, Bürger und Touristen die Strecken vermehrt nutzen, also etwa die Strecken Leteln – Wietersheim und Frille – Lahde.
- ❖ Angesichts immer häufigerer Dürreperioden und der bestehenden Nitratbelastung setzen wir uns für die Erweiterung der Wassergewinnungsanlagen (Brunnenbau oder Verbindungen zu benachbarten Trinkwasserwerken) und für die Ertüchtigung der damit einhergehenden Technik ein.
- ❖ Es ist technisch wie ökonomisch zu prüfen, ob in Siedlungsgebieten der Stadt ökologisch günstige Fernwärmenetze installiert werden können, damit die vorhandenen Ölheizungen ersetzt werden können, z.B. durch Blockheizkraftwerke und/oder Wärmepumpen.
- ❖ Wir brauchen ein neues Mobilitätskonzept, das die Systeme sinnvoll nach energieschonenden Gesichtspunkten miteinander verzahnt: Fußläufigkeit, Rad, Bus, Taxibus, Schiene und PKW mit Warte- und Parkräumen an den Schnittstellen. Ein solches Konzept muss auch darauf ausgerichtet sein, den Anteil des Radverkehrs und des ÖPNV im „modal split“ kontinuierlich zu erhöhen. Außerdem erwarten wir von einem solchen Konzept nach wie vor aufeinander abgestimmte Fahrpläne mit Transportangeboten, die dem Bedarf entsprechen.
- ❖ Feuerwehr und Rettungswache sind weiterhin so zu unterstützen und auszustatten, dass sie ihre Aufgaben auf höchstem Niveau erfüllen können. Die zukünftigen Ergebnisse aus dem Arbeitskreis „Feuerwehrstruktur“ sind zeitnah umzusetzen.

Wir erwarten vom Bund und vom Land die seit langem überfällige Entlastung der kommunalen Haushalte. Davon unabhängig stellen wir uns weiter der Herausforderung, eine moderne, attraktive Stadt erhalten zu wollen, ohne über unsere Verhältnisse zu wirtschaften.

Im Einzelnen:

- ❖ Wir setzen uns für ein sparsames Wirtschaften bei den laufenden Ausgaben im Verwaltungshaushalt ein, ohne für die Bürgerinnen und Bürger soziale Härten entstehen zu lassen. Aus diesem Grunde sind Gebühren- und Beitragssatzungen (sofern noch nicht geschehen) mit einer sozialen Komponente zu versehen.
- ❖ Vor schmerzhaften Kürzungen bei den freiwilligen Leistungen der Stadt ist zu prüfen, welche finanziellen Spielräume sich aus einer feineren Steuerung über die Kennzahlen des Haushalts, aus einer klareren Festlegung von Prioritäten und aus einer genaueren Bestandsaufnahme des städtischen Vermögens ergeben. Bei einer Verbesserung der Haushaltslage sind die ggf. vorgenommenen Kürzungen wieder zurückzunehmen.

- ❖ Wir befürworten Investitionen mit Augenmaß, d.h. wenn sie vernünftig und notwendig sind, um eine hohe Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger in Petershagen zu gewährleisten.
- ❖ Wir lehnen Beiträge unserer Bürgerinnen und Bürger zu Straßenbaukosten ab.

Wir möchten die Politik im Petershäger Rathaus den Bürgerinnen und Bürgern näher bringen, wollen sie offen, nachvollziehbar, sozial, tolerant und verlässlich gestalten.

Im Einzelnen:

- ❖ In allen Fachbereichen der Verwaltung setzen wir auf die Erarbeitung und Umsetzung klarer, nachhaltiger Konzepte und Fachplanungen statt Fall-zu-Fall-Entscheidungen zu treffen.
- ❖ Wir setzen uns für einen weiteren Ausbau der Informations- und Beteiligungsangebote für Bürgerinnen und Bürger ein.
- ❖ Wir wollen soziale Verantwortung übernehmen, indem wir Angebote für verschiedene Lebenslagen vorhalten, z.B. für Familien in Not, für benachteiligte Mitbürgerinnen und Mitbürger oder für Neubürger, die als Migrantinnen zu uns kommen.